

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/18

28. Januar 1976

Vom Konzerneinfluß freihalten!

SPD bezieht Stellung im Kommunikationssystem-Streit

Von Wilhelm Dröscher
Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 1 und 2 / 51 Zeilen

Kohl endgültig an der Strauß-Leine

Von "Eigenständigkeit" des CDU-Kandidaten keine Rede mehr

Von Lothar Schwartz
Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 3 und 3a / 66 Zeilen

Überhang an Betten belastet die Krankenhäuser

Sozialdemokraten sorgen für eine wirksame Anpassung

Von Paul Kratz MdB
Mitglied des Bundestageausschusses für Arbeit und
Sozialordnung

Seite 4 und 5 / 59 Zeilen

Helsingør und Paris

Anmerkungen zur Zusammenarbeit der Sozialdemokraten

Seite 6 und 7 / 86 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Eckert

8300 Bonn 12, Hanselallee 2-10
Postfach: 180-489
Postleitzahl 1. Zimmer 217-884
Telefon: 0228 27-30
Telex: 8300-001-48 pphnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
8300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 100-112, Telefon: 370011

Vom Konzerneinfluß freihalten !

SPD bezieht Stellung im Kommunikations-System-Streit

Von Wilhelm Dröcher

Mitglied des Präsidiums der SPD

Man muß der unter Leitung des hervorragenden Prof. Dr. Eberhard Witte erarbeitenden "Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems in der Bundesrepublik (KtK)" ein Kompliment machen. Ihr Bericht hilft auf einem schwierigen Gebiet moderner Medienpolitik weiter. Zunächst ist interessant, daß der immer noch vorhandene Rückstand im Fernsprechverkehr in der Bundesrepublik, d. h. in der Ausstattung der Wohnungen aller Mitbürger mit Telefon, nach ihren Vorstellungen weiter ausgebaut werden soll und hier ein eindeutiger Schwerpunkt gesetzt wird.

Dann aber muß man sich den Erkenntnissen über das Kabelfernsehen zuwenden. Auch hier wird mit der gebührenden Vorsicht an das Problem herangegangen. Fachkundige wissen, daß Drweils 1984 hier in gewissen Bereichen machbar sein wird, wenn die verantwortlichen Politiker die Weichen nicht mit großem Bedacht stellen. Und dazu gibt der Bericht gute Hinweise. Er verlangt, daß Pilotmodelle in Angriff genommen werden, an denen Technik und ihre Folgen für die Mitbürger in den Städten und Gemeinden ausreichend beobachtet werden können. Er läßt die Frage offen, wie letztlich die rechtlichen Konstruktionen sein sollen. Und hier muß erlaubt sein, auf die sozialdemokratische Sicht der Dinge hinzuweisen. Das öffentlich-rechtliche System der Rundfunk- und Fernsehanstalten hat sich bei uns in hervorragender Weise bewährt. Es erscheint deshalb berechtigt festzustellen, daß es ohne die Mitwirkung der öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht gehen kann, ja daß sie dominieren müssen. Übrigens

kann man diese Meinung auch den Kommentaren einiger in der Verantwortung stehender Intendanten aus CDU und CSU, wie Bausch und Vöth, entnehmen.

Für uns, die wir für die Erhaltung der Informations- und Meinungsvielfalt eintreten, ist nicht vorstellbar, daß dieser wichtige Bereich unter den Einfluß der großen privatwirtschaftlichen Pressekonzerne geraten könnte. Das würde der publizistischen Gewalten- und Arbeitsteilung, zu der sich die SPD bekennt, widersprechen. Aber gerade an solchen Pilotmodellen könnte erprobt werden, wie das Zusammenspiel öffentlich-rechtlicher Träger mit anderen publizistischen Elementen in diesem Bereich schöpferisch entwickelt werden kann und wie vor allem angesichts der Tendenz in regionalen Zeitungsmonopolen hier das neue Medium zu einer Verbreiterung des Angebots an Informationen beitragen könnte.

Verständlich, aber nicht sehr glücklich scheint mir, daß die CDU/CSU angesichts dieses Berichtes ihren alten Ruf nach Privatisierung von Programmen und Programmverantwortung wieder ertönen läßt. In seiner Motivierung ist dieses Verhalten leicht daran zu erkennen, wenn man weiß, daß hier auch erhebliche Interessen der einschlägigen Industrie und vor allem der Werbewirtschaft im Spiel sind. Diese dürfen aber nach unserem Verständnis auf die Entscheidung keinen Einfluß nehmen. Ausschlaggebend ist, daß die Chance für die grundgesetzlich zugesicherte Informations- und Meinungsvielfalt genutzt wird. Es wäre sicher nützlicher, vor einer endgültigen Festlegung der Parteien in diesem Bereich das Ergebnis der Pilotmodelle abzuwarten.

(-/28.1.1976/wl/pr)

+ + +

Kohl endgültig an der Strauß-Leine

Von "Eigenständigkeit" des CDU-Kandidaten keine Rede mehr

Von Lothar Schwertz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Zum ständigen Repertoire des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl bei öffentlichen und publizistischen Auftritten gehört der propagandistische Appell an die Eigenständigkeit der FDP, der jeweils mit entsprechenden Zweifeln gekoppelt ist. Wirklich berechtigt und aktuell ist allerdings die Frage nach der Eigenständigkeit des Parteivorsitzenden der Union und Kanzlerkandidaten der Opposition. Es gibt mehrere aufschlußreiche Vorgänge für ihre nüchterne Beantwortung.

Zu den Vereinbarungen mit Polen möchte Dr. Kohl eine unwiderrufliche negative Festlegung der Opposition - aus welchen Gründen auch immer - offensichtlich noch vermeiden. Kaum hatte er diese Position jedoch am vergangenen Sonntag in einem Interview mit dem "Deutschlandfunk" in etwa deutlich werden lassen, gaben die CDU-Abg. Dr. Manfred Abelein und Dr. Alfred Dregger - wie der CSU-Landesgruppenleiter Richard Stücklen schon zuvor - öffentlich zu Protokoll, daß es an der Verbindlichkeit der brieflichen Befehlsausgabe des CSU-Chefs Franz Josef Strauß für die Behandlung der Polenverträge durch CDU/CSU, die bekanntlich ohne Wissen Kohls erfolgt war, weder im Bundestag noch im Bundesrat irgendwelche Abstriche geben könne und dürfe.

Mit diesem respektlosen Zerran an dem unentzerrbaren, vielleicht durch die jüngsten Stellungnahmen aus der evangelischen Amtskirche nachdenklich gemachten Kanzlerkandidaten und seiner jüngsten schwachen Einlassung vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat das Profil von Kohl weiteren Schaden genommen.

Seine fortschreitende Entmündigung durch Strauß und dessen starke Seil- und Gefolgschaft in der CDU selbst wurde auch bei den Vorgängen in Hannover deutlich. Nach Kohl und Prof. Dr. Kurt Biedenkopf kreuzte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler bei der niedersächsischen CDU auf, um den rechten bundespolitischen Ton anzugeben. Als sich Landtagspräsident Müller für die CDU Niedersachsens eine Woche vorher gegen die Einmischungsversuche aus München zu wehren wollte, mußte er postwendend öffentlich

zu Kreuze kriechen. Die Bonner CDU und seine regionalen Parteifreunde ließen ihn im Regen stehen.

Drittes aktuelles Beispiel: In einem Interview mit der "Wirtschaftswache" hat Franz Josef Strauß kategorisch verkündet, daß es diesmal den Fehler eines von der CDU falsch angelegten Wahlkampfes nicht mehr geben dürfe, sondern daß nach seinen Vorstellungen operiert werden müsse. Wie dieser Wahlkampf aussehen wird, machte er im gleichen Interview klar, indem er sich ohne Einschränkung zu seinem "Sonthofener Programm" der totalen Krisenstrategie bekannte.

Daß sich der Kanzlerkandidat Dr. Kohl voll in diesem demagogischen Fahrwasser und Schlepptau des Bayern bewegt, hat er mit seinen wiederholten Ausfällen bewiesen, mit denen er sich zur Zeit auf fiktiven Kriegsschauplätzen - wie etwa des Verhältnisses von demokratischem Sozialismus und Kommunismus in West- und Südeuropa, das er wider besseren Wissen verzerrt - Luft zu verschaffen sucht. Er verstrickt sich damit nur immer tiefer in die Gefangenschaft von Strauß und straft seine eigenen Formeln von einem argumentativen Wahlkampf und sachlichen Alternativen ebenso Lügen wie seinen persönlichen Anspruch auf Besonnenheit und Toleranz.

Vor diesem Hintergrund gewinnen die öffentlichen Aufforderungen der CDU-Wahlstrategen und Kohl-Gehilfen zu Fernsehduellen zwischen dem Kanzlerkandidaten und dem Bundeskanzler über das verständliche Profilierungsbedürfnis Kohls hinaus eine zusätzliche interessante Dimension: Dr. Kohl, der sich nicht aus dem Magnetfeld des CSU-Chefs und seiner Truppen lösen kann, möchte wenigstens auf den Bildschirmen und damit vor den Augen und Ohren der Nation dem zutreffenden Eindruck entgehen, daß nicht der Kanzlerkandidat, sondern Strauß in der Opposition das Kommando führt und die Richtlinien ihrer Anti-Politik bestimmt. Die Wähler haben aber einen elementaren Anspruch auf Klarheit über den wirklichen Rang und das tatsächliche Gewicht der in der Politik handelnden Personen.

(-/28. 1. 1976/bgy/e)

+ + +

Überhang an Betten belastet die Krankenhäuser

Sozialdemokraten sorgen für eine wirksame Anpassung

Von Paul Kretz MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die steigenden Kosten im Gesundheitsbereich sind zu einem Dauerbrenner in den Medien geworden. In die Diskussion hat zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Prof. Dr. Hans-Werner Müller, eingegriffen. Er vertritt die These, daß die schlechte Auslastung mancher Krankenhäuser die Pflegesätze erneut klettern lassen werde. Außerdem will er wissen, daß die gegenwärtige Konjunktursituation es manchem Arbeitnehmer geboten sein lasse, nicht ins Krankenhaus zu gehen, weil er befürchten müsse, den Arbeitsplatz zu verlieren.

Es fällt einem Sozialpolitiker schwer, nach dieser Lektüre zur Tagesarbeit überzugehen. Prof. Müller ist ein zu guter Kenner der Materie, als daß seine Worte auf die leichte Schulter genommen werden dürften. Heißt dies, daß die Kassen wieder mit einem Kostenschub in den Krankenhäusern rechnen und die Bürger demnächst erstaunt feststellen müssen, die Kassen haben mal wieder erhöht? Wollte der Professor nur mal mit dem "Krüppel aus dem Sack" drohen, um jemandem gefügig zu machen?

Tatsache ist, daß die Kosten in den Krankenhäusern davon abhängen, wie wirtschaftlich gearbeitet wird; - um diesen Begriff der Wirtschaftlichkeit geht es und darum, wie die Krankenhäuser zu einer wirtschaftlichen Arbeitsweise veranlaßt werden können. In seinem zweiten Beitrag zur Lage der Krankenhäuser, dieser Tage in einem Nachrichten-Magazin nachzulesen, geht der Hauptgeschäftsführer mit der Wirklichkeit, wie mir scheint, bereits ein wenig differenzierter um. Dies ist gut, denn mit grobschlächtigen Argumenten ist nichts zu gewinnen - auch nicht bei den Krankenhäusern. Aber halten wir einmal fest, wie es bisher war. Klagen über steigende Kosten in Krankenhäusern wurden bislang recht häufig mit dem anschwellenden Patienten-Strom begründet, der durch die Pforten quille. Jetzt sollen es die fehlenden Pa-

tienten sein, die an der Substanz nagen. Man ist ja allerlei in einer Marktwirtschaft an Argumenten gewöhnt, aber dies geht mir gegen den Strich, vor allem weil es aus einem Bereich kommt, der Gottseidank nicht marktwirtschaftlich organisiert ist.

Es ist heute bereits eine Banalität, darauf hinzuweisen, daß wir einen Überhang an nicht benötigten Betten haben. Einzelne Bundesländer wie Hamburg, Nordrhein-Westfalen oder etwa auch Hessen haben darauf reagiert und passen an. Der Bettenüberhang drückt doch die Belegzahlen und läßt die Kosten springen. Da mag es vorkommen, daß sich dies aus der Sicht eines einzelnen Krankenhausdirektors anders darstellt. Einem erfahrenen Fachmann wie Prof. Müller kann man dies nicht abnehmen. Er sieht dies ja auch bereits etwas differenzierter in dem erwähnten Magazin-Beitrag, obwohl er davor warnt, alles auf einen "Bettenberg" abzuwälzen.

Prof. Müller kann beruhigt sein. Sozialdemokratische Sozial- und Gesundheitspolitiker im Verein mit Bundesregierung und einer Reihe Länderregierungen klopfen ausführlich, wenn auch behutsam, den gesamten Bereich ab, um herauszufinden, wo es noch Schwachstellen in der Wirtschaftlichkeit gibt. Allerdings hüten wir uns vor zu schnellen Folgerungen, die nicht zu belegen sind.

Geßgert hat mich aber der Hinweis auf die Arbeitnehmer, die, um ihren Arbeitsplatz bangend, auf das Krankenhaus verzichten. Nun ist ein Krankenhausaufenthalt in den seltensten Fällen ein Honigschlecken - und für Arbeitnehmer vor den sozialliberalen Reformen in den Krankenhäusern schon mal gar nicht. Vor jeden Arbeitnehmer, der ins Krankenhaus will, hat die Reichsversicherungsordnung im Übrigen einen Arzt gesetzt, der einweist. Wenn also die Frequenz in den Krankenhäusern zurückgeht, müßte Prof. Müller bei seinen niedergelegenen Kolleginnen und Kollegen anklopfen, um zu erfahren, was dahinter steckt. Daß es tatsächlich Arbeitnehmer gibt, die aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes nicht wagen, den Arzt aufzusuchen, wirft kein schlechtes Licht auf das Gesundheitsbewußtsein der Arbeitnehmer, wohl aber auf die Beziehung Chef - Untergebener, die vielfach noch vorherrscht; vielleicht auch darauf, daß manche Arbeitgeber noch zu wenig Fürsorgebewußtsein für ihre lieben "Mitarbeiter" entwickelt haben. (-/28.1.1976/ks/va/va/e)

Helsingoer und Paris

Anmerkungen zur Zusammenarbeit der Sozialdemokraten

Die Serie von Konferenzen der sozialistischen Parteien in Helsingoer und Paris hat die Aufmerksamkeit auf die internationalen Verbindungen der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien gelenkt. Dabei wurde in der Presse nicht immer klar zwischen den verschiedenen Formen dieser Treffen unterschieden. Es ist deshalb sicher nützlich, die verschiedenen Möglichkeiten des Meinungsaustausches unter sozialistischen Parteien einmal aufzuführen.

1/ In der Sozialistischen Internationale (SI), die 1864 in London gegründet wurde und die 1951 in Frankfurt neu gegründet worden ist, arbeiten etwa 50 Parteien aus der ganzen Welt zusammen, wobei 36 die Vollmitgliedschaft haben. Der Sozialistischen Internationale gehören nur Parteien an, die sich zum demokratischen Sozialismus und zum parlamentarischen Mehrparteiensystem bekennen.

Seit einiger Zeit gibt es Überlegungen, wie das gegenwärtige Funktionieren der SI verbessert werden kann. So ist ein neues Statut in Vorbereitung; es ist davon auszugehen, daß auf dem Kongreß der SI, der Ende Juli 1976 stattfindet, ein neuer Generalsekretär und Präsident gewählt wird. Viele Mitgliedsparteien pflegen auch außerhalb des Rahmens der SI Kontakte miteinander. Eine Möglichkeit hierzu bieten die Parteiführerkonferenzen, die nicht ein Gremium der SI sind. Eine dieser Parteiführerkonferenzen fand auf Einladung des dänischen Parteivorsitzenden, Ministerpräsident Anker Joergensen, am 18./19. Januar 1976 in Helsingoer statt. Diese Konferenzen bilden einen zwanglosen Rahmen für die Gespräche der Parteiführer, von denen viele gleichzeitig Regierungschefs sind. Beschlüsse werden nicht gefaßt.

2/ Eine europäische Regionalorganisation der SI ist der Bund der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der EG, deren Vorsitzender des SPD-Präsidiumsmitglied Wilhelm Dröcher ist. Seit Gründung der EWG im Jahre 1957 bemühen sich die Parteien innerhalb dieser Organisation um eine Koordinierung ihrer europäischen Politik. Im Jahre 1974 wurde ein neues Statut und ein neuer Name angenommen; außerdem wurde beschlossen, daß eine gemeinsame Plattform der sozialistischen Parteien zu erarbeiten ist, die als Grundlage für den Wahlkampf bei den Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 1978 dienen soll.

3/ Außerhalb dieser Organisationen gibt es auch Bestrebungen, Kontakte zu Parteien, die nicht der Internationale angehören, bilateral zu pflegen und diese Kontakte zu multilateralisieren. In diesem Zusammenhang ist der von dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt auf dem Parteitag in Mannheim angeregte vertiefte Dialog zu sehen, der sich besonders an die Parteien in Afrika, Asien und Lateinamerika wendet, die nicht Mitglieder der SI sind und die dennoch in gewissen Fragen eine uns ähnliche Einstellung vertreten. Hierbei ist nicht die Schaffung einer neuen Organi-

sation gedacht, sondern es geht darum, eine Plattform für Meinungsaustausch und die Erarbeitung gemeinsamer Vorstellungen zu schaffen.

4/ Die Pariser Konferenz der sozialistischen Parteien Südeuropas, zu der der Generalsekretär der SPF, François Mitterrand, eingeladen hatte, war eine Initiative der französischen Sozialistischen Partei. Während der Konferenz wurde deutlich, daß Mitterrand anstrebt, eine enge Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien Südeuropas zu schaffen, die mit der schon bestehenden Zusammenarbeit der skandinavischen Parteien vergleichbar wäre. Er betonte, daß diese Zusammenarbeit im Rahmen der Sozialistischen Internationale erfolgen solle, weshalb alle Teilnehmer der Konferenz Mitgliedsparteien waren. Er eröffnete die Diskussion jedoch auch für andere Parteien außerhalb der SI, wie zum Beispiel die griechische PASOK unter Andreas Papandreu und die Sozialistische Allianz Jugoslawiens, die als Beobachter eingeladen waren.

Auf der Konferenz wurde beschlossen, daß die Zusammenarbeit der süd-europäischen Parteien durch die Abhaltung von Konferenzen und einen ständigen Meinungsaustausch zu verstärken sei. Weiter soll der Dialog mit den kommunistischen Parteien fortgesetzt sowie die Zusammenarbeit mit allen "fortschrittlichen" Kräften, Christdemokraten und Linksliberalen intensiviert werden.

In den verschiedenen Konferenzen der letzten Tage und Wochen konzentrierte sich die Diskussion auf folgende Schwerpunkte:

a/ Erarbeitung einer Analyse der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage in Europa und die Überlegung, welche Politik zur Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten die geeignetste sei;

b/ Klarstellung der Frage, welches Verhältnis die Parteien des demokratischen Sozialismus zu anderen politischen und gesellschaftlichen Kräften einnehmen sollen;

c/ Fortsetzung der Diskussion auf allen Ebenen, aber besonders intensiv im Bund, über die Zukunft Europas und über das Problem, welchen Stellenwert die Europäische Gemeinschaft im sozialistischen Gesamtkonzept haben soll.

Die in verschiedenen Presseorganen angestellten Spekulationen über eine Nord-Süd-Konfrontation zwischen den Parteien des demokratischen Sozialismus in Europa haben sich als eine Wunschvorstellung eifriger Schreiber erwiesen. Weder die portugiesischen noch die spanischen Sozialisten sind an einer inhaltlichen oder organisatorischen Sonderentwicklung interessiert. Auch François Mitterrand und die italienischen Sozialisten wollen die Beibehaltung der jetzigen Struktur der Zusammenarbeit im Rahmen der Sozialistischen Internationale, wobei den besonderen Problemen Südeuropas im Rahmen eines engeren Meinungsaustausches der sozialistischen Parteien dieser Region größerer Raum gegeben werden soll. Inwieweit hieraus gemeinsame Politiken erwachsen können, vermag heute noch niemand zu sagen. Die anderen Parteien sind auch noch weit davon entfernt, das französische Modell für sich als verbindlich zu betrachten.

Veronika Isenberg
(-/28.1.1976/bgy/ka/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller